

Danziger Zeitung.

No 17989.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethhergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gelappten gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Monza, 13. Novbr. (W. I.) Der Kaiser traf gestern Abend 9 Uhr 45 Min. hier ein und wurde von dem Könige, dem Kronprinzen und den Spitzen der Behörden am Bahnhofe empfangen. Die Monarchen umarmten sich auf das herzlichste; die Stadt war prächtig illuminiert und der Kaiser wurde enthusiastisch begrüßt. Am Abend fand Johann ein Familiendiner statt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 13. November.

Politische Vereinbarungen.

Zwar wird von verschiedenen Seiten fortgesetzt versichert, die Orientreise des Kaisers habe der politischen Bedeutung gänzlich entbehrt; aber die Beweise für das Gegentheil lassen sich dadurch nicht vermissen. Heute empfingen wir hierüber folgendes Telegramm:

London, 13. Novbr. (Privattelegramm.) Wie verlautet, wurde in Konstantinopel zwischen dem deutschen Kaiser und dem Sultan und in Budapest zwischen dem Grafen Kalnoky und Bismarck vereinbart, daß die Türkei und Oesterreich den Fürsten Ferdinand von Bulgarien auch weiterhin nicht anerkennen, wogegen Rußland sich verpflichtet habe, die bulgarische Frage nicht in den Vordergrund zu bringen, so lange im Fürstenthum die Ordnung erhalten bleibt.

Diese Abmachungen werden sicherlich im allgemeinen mit Genugthuung aufgenommen werden; nur an einer Stelle dürften sie Mißvergnügen erregen, nämlich in Sofia, wo sie einen argen Strich durch die Rechnung machen. Aus der gestern beschlossenen Adresse der bulgarischen Sobranie war herauszulesen, daß die Vertretung der bulgarischen Nation sich, wie sie sagt, der Hoffnung hingibt, daß die kaiserliche Nation, d. h. also die Türkei, die Initiative zu Schriften wegen der Anerkennung des Prinzen Ferdinand ergreifen werde. Hoffen steht jedem frei; aber daß die Türkei heute geneigter sein sollte, als vorher, an Rußland den Vorschlag zu richten, den Prinzen Ferdinand als Fürsten von Bulgarien anzuerkennen, davon konnte natürlich nicht die Rede sein und die obige Angabe bestätigt diese Auffassung. Vor Monaten hieß es einmal, die Bulgaren würden an irgend einem historischen Tage ihre Selbstständigkeit proclamieren, aber die Erfüllung der Prophezeiung ist noch bis heute ausgeblieben. Die Herren Bulgaren haben nachgerade auch die Notwendigkeit eingesehen, mit Wasser zu kochen. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden, aber man würde der ruhigen und abwartenden Stellung der Regierung sympathischer gegenüberstehen, wenn dieselbe ein für allemal darauf verzichtete, von einer nationalen Entwicklung zu reden. An dem Fahren der Nichtanerkennung des Prinzen Ferdinand seitens Rußlands hängt vorläufig die ganze Orientfrage. Der Friede ist so lange gesichert, als von keiner Seite der Versuch gemacht wird, diesen Fahren in der einen oder anderen Weise zu lösen.

Der Termin der Reichstagswahl.

In Bezug auf den Wahltermin will man — schreibt die „Freis. Ztg.“ — wissen, daß Minister v. Bötticher von Friedrichsruh die Anweisung mitgebracht hat, alsbald die Behörden zur Aufstellung der Wählerlisten zu veranlassen, um demnächst mit der Offenlegung der Listen vorgehen zu können. Diese Offenlegung muß bekanntlich 4 Wochen vor dem Wahltermin beginnen.

Zur Frage des Reichsministeriums

Schreibt uns unser Berliner Correspondent: Die Erklärung, welche Minister v. Bötticher gestern bezüglich des Bannigenschen Projects eines besonderen verantwortlichen Reichsfinanzamtes abgegeben hat, wird nicht überraschen. Es wurde gleich am ersten Tage darauf aufmerksam gemacht, daß Herr v. Bannigsen sich mit dieser Erklärung in einen Gegensatz nicht nur zu dem Herrn Reichskanzler, sondern auch zu den verbündeten Regierungen gestellt habe. Herr v. Bötticher hat freilich nicht gesagt, daß die Regierung den Bannigsen'schen Gedanken unbedingt ablehne, er hat nur hervorgehoben, daß kein Anlaß vorliege, zu einem solchen Vorschlag Stellung zu nehmen, so lange derselbe nur von einem Mitgliede des Reichstages befürwortet werde. Daß sich darin früher oder später etwas ändern könne, ist an sich nicht ausgeschlossen, aber daß die finanzielle Lage, wie sie einmal ist, auch durch die Einschaltung eines verantwortlichen Reichsfinanzministers nicht geändert werden könnte, darüber wird sich auch Herr v. Bannigsen keinen Illusionen hingeben. Beispielsweise waren gestern in der Budgetcommission bei der Beratung der Zölle und Verbrauchssteuern Mitglieder aller Parteien der Ansicht, daß die Zolleinnahmen in dem Etat, die bereits durch die wirkliche Zolleinnahme des vergangenen Jahres überholt sind, zu niedrig veranschlagt seien. Wenn man sonst wollte, hätte man durch Erhöhung der Ansätze wenigstens diesem offensbaren Mangel abhelfen können. Aber man weiß ja, daß die Regierung lieber einen Etat mit Ueberschüssen als einen balancierten Etat sieht. Der nahegelegene Ausweg, die Mehreinnahme aus den Zöllen im Laufe dieses Jahres, welche nun für ein halbes Jahr bereits feststehen, zu den Ausgaben für das nächste Jahr heranzuziehen, wurde zwar von einem Abgeordneten in Vorschlag gebracht, aber nach einem freundlichen Wink seitens

der Regierung wurde der Antrag, wie man sagt, bis auf weiteres wieder zurückgejogen.

Regelung des Binnenschiffahrtswesens.

Wie bekannt, ist die bereits früher von verschiedenen wirtschaftlichen Corporationen, u. a. vom deutschen Handelsstage, befürwortete reichsgesetzliche Regelung des Binnenschiffahrtswesens in letzter Zeit wieder von der Handelskammer zu Halberstadt in Anregung gebracht worden. Die Handelskammer hat eine diese Frage behandelnde Denkschrift dem preussischen Minister für Handel und Gewerbe überreicht. Im April 1874 hatte die Commission, welche Vorschläge über Plan und Methode für den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs zu machen hatte, in ihrem an den Bundesrath erstatteten Gutachten unter den Rechtswissenschaften, die ihrer Ansicht nach der Neuordnung bedürften, auch das Binnenschiffahrtsrecht genannt, daselbst dem Handelsgesetzbuch als neuen Theil zugewiesen und es für gerathen erklärt, die Codification des Binnenschiffahrtsrechts gleichzeitig mit den Arbeiten über das bürgerliche Gesetzbuch in Angriff zu nehmen. Im Juni 1880 hatte das preussische Staatsministerium auf eine Eingabe des Vereins deutscher Stromschiffer einen Bescheid ertheilt, wonach die Revision des Handelsgesetzbuchs im Zusammenhange mit der Aufstellung des Entwurfs eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs erfolgen sollte, jedoch erst in Angriff genommen werden könnte, wenn die Arbeiten der zur Aufstellung dieses Entwurfs eingesetzten Commission zu einem gewissen Abschluß gelangen würden. Dasselbe war in dessen beabsichtigt, mit den Vorarbeiten zur gesetzlichen Regelung des Fluß- und Binnenschiffahrtsrechts schon vor der Revision des Handelsgesetzbuchs zu beginnen. Nach den Motiven zum vorliegenden Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs steht es dahin, ob bei einer Revision des Handelsgesetzbuchs das Binnenschiffahrtsrecht in das Handelsgesetzbuch aufgenommen werden wird. Danach ist jedenfalls noch nicht entschieden, ob das Binnenschiffahrtsrecht die Form eines selbstständigen Specialgesetzes oder eines neuen Theiles des Handelsgesetzbuchs erhalten soll. Indessen ist diese Frage für die interessirten Kreise von geringerer Bedeutung. Sie wünschen lediglich die baldige Inangriffnahme der Arbeiten für die Schaffung eines einheitlichen umfassenden und abgeschlossenen Rechts für das deutsche Stromschiffahrtswesen, und die Handelskammer zu Halberstadt hat, wie gesagt, diesen Wünschen neuerdings wieder Ausdruck gegeben.

Die Lehrergehälter.

Eine Aufbesserung der Gehälter der Volksschullehrer ist — im Großherzogthum Hessen den Kammern im Jahre 1880 in einem Gesetzentwurf vorgelegt worden. Wenn die Gehaltsverhältnisse der Lehrer an den Volksschulen des Großherzogthums nach den Bestimmungen dieses Entwurfs Regelung finden, werden namentlich die Gehälter der Lehrer in den Landgemeinden im Vergleich mit den entsprechenden Gehältern in den anderen deutschen Staaten wohl als die günstigsten bezeichnet werden können. Während das Durchschnittsgehalt der Volksschullehrer in Preußen auch heute noch nicht über 900 Mk. wesentlich hinauskommt, und ein sehr großer Theil der selben lediglich auf den Minimalstellen verbleibt, bestimmt jener Gesetzentwurf, daß bei gewissenhafter und tadelloser Dienstführung jeder definitiv angestellte Lehrer an Volksschulen nach 5jähriger Dienstzeit ein Gehalt von 1000, nach 10jähriger ein solches von 1100, nach 15jähriger von 1250, nach 20jähriger von 1400, nach 25jähriger von 1500 und nach 30jähriger von 1600 Mk. beziehen soll. Dabei wird die Dienstzeit vom Tage der ersten dienstlichen Verwendung nach bestandener Prüfung an gerechnet.

Hoffentlich wird man sich bei uns in Preußen dieses anerkennenswerthen Vorgehens zu Gunsten der Volksschullehrer zum Vorbild dienen lassen und auch hier baldmöglichst auf entsprechende Gehaltsverbesserung der Lehrer Bedacht nehmen. Es erscheint dies um so dringender geboten, als die Volksschullehrer in Preußen ohnehin schon bezüglich ihrer Einkommensverhältnisse im ganzen erheblich zurückstehen gegen ihre Kollegen in vielen anderen deutschen Staaten, wie z. B. in Sachsen-Weimar, im Königreich Sachsen, im Großherzogthum Oldenburg, im Großherzogthum Baden u. a. Dasselbe gilt im Zusammenhange damit ebenso auch von dem Jahreseinkommen und mehr noch von der Wittwenversorgung der Volksschullehrer, die kaum in irgend einem anderen Staate so wenig genügend geregelt ist als gerade in Preußen.

Der präsumtive Thronfolger von Oesterreich-Ungarn.

Gelegentlich der jüngsten Anwesenheit des Erzherzogs Karl Ludwig kam ein Project zur Erörterung, welchem eine weittragende Bedeutung innewohnt. Es ist bekanntlich der innigste Wunsch des Königs, den präsumtiven Thronerben Franz Ferdinand mit den ungarischen Verhältnissen vertraut zu machen und ihn mit Ungarn eng zu verknüpfen. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, es befinde sich allen Erstes das Project der Verlobung des Erzherzogs Franz Ferdinand mit der Tochter des Erzherzogs Josef, Erzherzogin Margarethe Clementine. Der Gedanke soll von allerhöchster Stelle ausgegangen sein, wo man es als eine glückliche Idee betrachtet, dem derzeitigen Herrscher Oesterreich-Ungarns eine Gemahlin an die Seite zu geben, die dank ihrer ungarischen Abstammung und Erziehung die herzlichsten Sympathien der ungarischen Nation besitzt. Ungarn erhele in ihr seine erste, im eigentlichen Sinne des Wortes, ungarische Königin.

Erzherzog Franz Ferdinand ist 26 Jahre, Erzherzogin Margarethe Clementine 19 Jahre alt. Letztere ist übrigens die Tochter einer älteren Schwester des Fürsten Ferdinand von Bulgarien, also die leibhaftige Nichte des letzteren. Die Familie jenes Erzherzogs Josef, der den Titel „Palatin von Ungarn“ führte, des Großvaters des Erzherzogs Franz Ferdinand, hat stets in Ungarn gelebt und gilt deshalb als vorzugsweise ungarisch.

Boulanger und die Kammer in Frankreich.

Der verbannte General ist noch immer guten Muthes. Er hat neuerdings von Jersy einen Aufruf an die französische Nation erlassen, in welchem es heißt:

Die Sache der Revision der Verfassung hat keine Niederlage, sondern nur einen Aufschub erlitten und ihr Sieg ist dadurch nur mehr gesichert. Die nationale Partei wird ohne Unterlaß den Kampf für die Befestigung der republikanischen Republik fortsetzen, welche Frankreich eine seiner Würde angemessene Stellung geben, den Frieden sichern und dem Lande die absolute Unmöglichkeit des Parlamentarismus zeigen werde.

Vorausichtlich erzielt dieser Aufruf ebenso wenig Effect, wie die früheren. Das Parlament hat inzwischen seine Arbeiten begonnen. Bei der Wahl eines vorläufigen Präsidenten wurde Floquet mit 348 Stimmen bei 510 Abstimmen gewählt.

Zu Vizepräsidenten wurden Casimir Perier und Develle erkoren. Die Wahlen wurden von der Kammer sehr beifällig aufgenommen. Floquet sprach seinen Dank für die Wahl aus; sodann vertagte sich die Kammer bis Donnerstag zur Vorname von Wahlprüfungen.

Am Ausgang der Deputirtenkammer kam es zu einzelnen Zwischenfällen, wobei Déroulede verhaftet wurde. In der Rue Royale und auf dem Wege zur Post fanden im Laufe des gestrigen Nachmittags etwa 60 Verhaftungen statt, zum Theil von Personen, welche sich der Aufforderung zum Weitergehen widersetzten.

Ueber diese Vorgänge gingen uns heute ferner folgende Depeschen zu:

Paris, 13. November. (W. I.) Die Zahl der gestrigen Verhaftungen beträgt 158; davon wurden 60 aufrechterhalten. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Anarchist Soudais. Déroulede und Oussen wurden Abends 9 Uhr wieder freigelassen.

Paris, 13. November. (Privattelegramm.) Auf Antrag des Bischofs Freppel werden in der heutigen Vollversammlung sämmtliche drei monarchischen Gruppen sich fusionieren.

Eine Abmachung zwischen Milan und der serbischen Regentkass.

Von einer hohen, mit der serbischen Regierung in nahen Beziehungen stehenden Persönlichkeit erhält die „Reichs-Corr.“ folgende authentische Mittheilungen über die zwischen König Milan und der serbischen Regentkass zu treffenden Abmachungen. König Milan erhält aus der Staatskass eine jährliche Apanage von 300 000 Gulden, verpflichtet sich aber nie wieder nach Serbien zurückzukehren und mit dem Sohne nur im Auslande zusammenzutreffen. Die Regentkass ihrerseits verpflichtet sich, die Königin Natalie durch ein eigenes Gefolge auszuweisen und Begegnungen mit dem Sohne von Zeit zu Zeit mit jedesmaliger Einwilligung König Milans im Auslande zu gestalten. Die radicale Partei soll bereits beschlossen haben, diesem Uebereinkommen in der Skupschtina gesetzliche Kraft zu verleihen.

Der serbisch-bulgarische Zwischenfall.

Die seitens der Behörden von Zaribrod über den gemeldeten Zwischenfall an der serbisch-bulgarischen Grenze angestellten Ermittlungen haben Folgendes ergeben: Ein serbischer Bauer hatte mit Schmuggelwaaren die bulgarische Grenze überschritten; die Zollwächter wollten sich der Waaren und des Trägers bemächtigen, derselbe ließ jedoch die Contrebande zurück und floh nach der serbischen Grenze zu. Ein Zollwächter schoß und verwundete den Bauern, welcher sodann nach Sofia ins Spital gebracht wurde. Die Sache ist, da es sich nur um eine gewöhnliche Zollangelegenheit handelt, den Gerichten übergeben.

Russische Truppenverschiebungen.

Wie der „Staaten-Corr.“ aus Krakau, 11. Nov., geschrieben wird, haben die russischen Truppenverschiebungen gegen die galizisch-österreichische und die preussische Grenze hin bis in die letzte Zeit fortgedauert. Hauptstädte sind es Cavallerie-Abtheilungen, durch welche die in Polen stehenden, schon im Frühjahr sehr ansehnliche Truppenmacht während des Sommers und Herbstes verstärkt wurde. Erst jetzt bei Anbruch der rauhen Jahreszeit wurden diese Truppen unterbrochen. Wie die große Menge von Mannschaften und Pferden während des Winters untergebracht und ernährt werden soll, ist militärischen Fachleuten ein Räthsel. Zwar sind im Laufe der letzten Jahre in Russisch-Polen, namentlich gegen die Grenze hin, an einzelnen Punkten Militärbaracken für Fuß- und berittene Truppen errichtet worden, doch vermögen dieselben kaum für ein Drittel der zusammengezogenen Streitkräfte die nötige Unterkunft zu bieten. Es ist also nichts anderes denkbar, als daß die Truppen massenweise bei den Bürgern und Bauern einquartiert und auf die Naturalverpflegung angewiesen werden. Wie lange die ohnehin bereits stark ausgefogenen Provinzen diese Last ertragen werden, muß freilich dahingestellt bleiben.

Reichstag.

13. Sitzung vom 12. November.

Zweite Beratung des Etats für 1890/91. Bei dem Etat des Reichskanzlers und der Reichskassie bringt

Abg. Richter die Frage des Kaiser Wilhelm-Nationaldenkmals zur Sprache. Das Denkmal wird nicht von einem Fürsten dem anderen gesetzt, sondern die Anregung dazu ist aus der Initiative des Reichstages hervorgegangen. Bei der Entscheidung hat deshalb auch der Reichstag vor allem mitzureden. Meine Befriedigung hat es besonders erweckt, daß die Journale über die eingegangenen Pläne abgeurtheilt hat, ausgeräumt hat — mit allen phantastischen Ideen, welche ganze Straßenzüge, wie die Schloßfreiheit, haben befestigen wollen. Jedenfalls ist durch die Entscheidungen der Journale die Sachlage in dieser Beziehung geklärt worden. Da ist von autoritativer Seite eine Reueherung erfolgt, welche sich auf ganz anderer Basis bewegt, als Reichstag und Regierungen bisher angenommen haben. Es ist die Schloßfreiheit als der allein geeignete Platz bezeichnet und es sind nur Bildhauer als solche genannt, die die Ausführung zu übernehmen haben. Damit würden diejenigen, welche die Preise davongetragen haben, leer ausgehen. Ich frage den Staatssecretär, wie sich die Sache jetzt verhält.

Staatssecretär v. Bötticher: Das Preisrichter-Collegium hat gewisse Mängel über seine Aufgabe hinausgegriffen, indem es auch die Platzfrage erörtert hat. Das Material, welches sich aus der Preisauschreibung ergibt, wird in einer den zuständigen Factoren, also auch dem Reichstage, zugehenden Vorlage verwertet werden.

Abg. Büchel (Antisemit) verbreitet sich über die Gemeinnützigkeit der Abjahlungsgeschäfte, die fast durchweg in den Händen der Juden seien. Das Geschäft sei nichts als ein Wucher. Er wünscht gesetzliche Regelung.

Staatssecretär v. Bötticher erwidert, die Regelung sei schwierig, da es auch vollkommen locale Abjahlungsgeschäfte giebt, z. B. beim Ankauf von Rähmaschinen.

Abg. Richter: Bei der ersten Beratung des Etats hat Hr. v. Bannigsen die Frage eines selbstständigen verantwortlichen Reichsfinanzministers angeregt. Redner fragt an, wie der Reichskanzler darüber denke.

Staatssecretär v. Bötticher: Welche Stellung der Reichskanzler in dieser Frage einnimmt, ist mir nicht genau bekannt. Die Sache läuft auf eine Aenderung der Verfassung hinaus, und daher kommt es darauf an, welche Stellung die verbündeten Regierungen zu der Frage einnehmen. Diese haben aber keine Veranlassung gehabt, auf diese Frage einzugehen. Denn wir befinden uns in keinem Beschlusse des Reichstages gegenüber, sondern nur der gelegentlichen Anregung eines Abgeordneten.

Abg. Baumbach (freis.): Mir liegt daran, über das Schicksal des Entwurfs des bürgerlichen Gesetzbuchs etwas zu erfahren. Leider ist von dieser nationalen Aufgabe in diesem so besonders „nationalen“ Reichstage sehr wenig die Rede gewesen. Gegen diesen sind von vielen Seiten direct ablehnende Äußerungen gelaufen worden, namentlich wegen des materiellen Inhalts. Gegenüber diesen abfälligen Kritiken, welche das bürgerliche Gesetzbuch von berufenster juristischer Seite, u. a. auch von Hrn. Gneist, erfahren hat, liegt doch die Frage nahe, ob es unseren Verhältnissen entspricht, das strenge römische Recht so ausschließlich vorherrschend zu lassen, wie es das bürgerliche Gesetzbuch will. Auf jeden Fall wäre es da angebracht, bald die Sache zum Abschluß zu bringen und an eine Fortsetzung der bisherigen Arbeit zu gehen, nicht aber, wie es die Absicht zu sein scheint, zu warten, bis der Streit der Germanisten und Romanisten beendet ist. Es ist doch gewiß ein berechtigter Wunsch, daß wir noch in diesem Jahrhundert zu der gemüthlichen Rechtsreinheit kommen, und das können wir nur bei baldigster Fortsetzung der begonnenen Arbeit. (Beifall links.)

Staatssecretär v. Bötticher: Auf die Vereinbarung der Romanisten und Germanisten werden die verbündeten Regierungen nicht warten, sondern vorgehen, um möglichst schnell mit der Gesetzgebung zu Stande zu kommen. Daß ein solches Werk recht lange Zeit braucht, ist nicht wunderbar. Das allgemeine Landrecht in Preußen hat vom ersten Federstrich bis zur Fertigstellung 45 Jahre gebraucht; wir werden hoffentlich schneller fertig, aber die Zeit kann ich nicht bestimmen, binnen welcher die Arbeit vollendet sein wird. In welcher Weise weitergearbeitet wird, kann ich Ihnen jetzt noch nicht sagen, die alte Commission ist nicht mehr zusammen, und voraussichtlich wird eine neue notwendig sein. Es steht indessen hierüber absolut nichts fest. Beschlüsse des Bundesraths konnten noch nicht gefaßt werden, weil zunächst die Äußerungen der einzelnen Regierungen abgewartet werden müssen. Aus dem Inhalt derselben wird sich erst erkennen lassen, welchen Weg wir zunächst beschreiten müssen. (Beifall.)

Abg. Deichmayer (nat.-lib.) rügt Mißstände im gegenwärtigen Handelsgesetz und besonders im Actiengesetz, die es ermöglichen, daß die gegenwärtige Periode der Courssteigerung nicht mit Unrecht eine Schwundperiode genannt werden könne. Er frage daher an, ob ein Reueuerwurf in Angriff genommen sei, um endlich den öffentlichen Credit in gesichertere Bahnen zu leiten.

Staatssecretär v. Bötticher: Gutachten über diese Materie sind eingefordert, dieselben lauten aber nicht alle auf die Abänderung des bestehenden Zustandes, sondern einige Handelskammern haben sich für die Beibehaltung des jetzigen Verhältnisses ausgesprochen.

Bei dem Etat des Reichsamts des Innern wünscht Abg. Dingens (Centr.), daß die Fabrik Inspectionen noch mehr für die Herstellung der Sonntagsruhe hätten.

namentlich durch die Verkürzung der Arbeitszeit an den Tagen vor dem Sonn- und Feiertage.

Abg. Frohne (Soz.) teilt mit, daß die Gewerbetätigkeit sich ganz unregelmäßig über die Arbeiterverhältnisse ausbreitet. Die Fachvereine werden als sozialdemokratische Vereine bezeichnet; es wird davon gesprochen, daß die Arbeiter systematisch in den Versammlungen aufgeführt würden, während es sich nur um Befriedigung gerechter Beschwerden handelt. Jede freie Rede der Arbeiter wird über dem als Agitation bezeichnet. Die bestehende Gewerkschaftsordnung gibt den Arbeitern das Recht, durch Coalition bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Danach ist es nicht angebracht, daß die Gewerbetätigkeit die Arbeiterbewegungen stetig verdrängen nach dem Muster der offiziellen Presse und der Arbeitercoalitionen. Die Herren bewegen sich ganz auf dem ökonomischen Standpunkte der Unternehmer. Redner schließt mit dem Wunsch, daß die Berichte der Fabrik-Inspektoren ununterbrochen vorgelegt werden und daß man die Zahl der Fabrikinspektoren vermehren möge.

Staatssekretär v. Bötticher beruft sich auf den Beschluß des Reichstages, die Berichte der Inspektoren nur inhaltlich im Auszug zu erhalten. Das sei auch jetzt geschehen, außerdem sei von der preussischen Regierung die wöchentliche Publication der Berichte beschlossen worden, und diese fänden jedem sich dafür interessierenden Abg. ordentlich zur Verfügung. Die Behauptung, daß die Regierung und ihre Beamten kein Verständnis für Arbeiterfragen hätten und nur auf das Interesse der Unternehmer bedacht seien, sei völlig ungerechtfertigt und auch wahrheitswidrig, was aus der steigenden Zahl von Anzeigen gegen Unternehmer klar ergehe. Andererseits gehe aber auch mit Sicherheit hervor, daß die Sozialdemokraten in der That ihr Augenmerk darauf richteten, das friedliche Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter empfindlich zu stören. Dagegen müsse sich natürlich die Regierung mit aller Energie wenden. Niemand werde die gegenseitige Thätigkeit der Fabrikinspektoren verkennen, der mit objectivem Blick die Berichte studire. Die Regierung sei in der Wahl der Fabrikinspektoren sehr vorsichtig. Verständnis für sozialdemokratische Bestrebungen allerdings könne die Regierung von ihren Beamten nicht verlangen. (Beifall rechts.)

Abg. Frohne beapfelt, daß die Fabrikinspektoren aus Vorliebe für die Arbeitgeber das Vorhandensein des Truchsessens verschwiegen, das in sehr ernstem Maße noch im Lande existiere. Widersprechen müsse er mit Entschiedenheit, daß die Sozialdemokraten absichtlich Arbeiter gegen die Unternehmer aufreizten; sie hätten weiter nichts, als die Arbeiter über ihre Rechte zu belehren.

Staatssekretär v. Bötticher verweist den Redner auf das Studium der Berichte, in denen über das Truchsessens eine Reihe von Aufschlüssen gegeben und die dagegen erfolgten Bestrafungen der Unternehmer aufgeführt seien.

Abg. v. Frege (cons.) rühmt die Wirksamkeit der Fabrikinspektoren für die Hebung der Arbeiterklasse in seiner Provinz Sachsen.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Mitmoch.

[Berichtigung.] In dem telegraphischen Reichstagsbericht der heutigen Morgennummer ist ein Telegrammfehler den Abg. Meyer zugeordnet, daß der Buchhändler die Bücher „verfeuert“, während es selbstverständlich „vertheuert“ heißen soll.

Deutschland.

□ Berlin, 12. Novbr. Die Socialisten-Commission des Reichstages begann heute ihre Beratungen. Anwesend waren 18 Minister und Bundescommissare, darunter die Herren v. Bötticher und Herrfurth. Die Beratung begann mit § 1 des alten Socialistengesetzes. Zu demselben lag vor der bekannte Änderungsantrag des national-liberalen Abgeordneten Aulemann. Gegen denselben erklärten sich der Minister Herrfurth sowie alle übrigen Redner, welche in der Discussion das Wort nahmen. Die Frage des Abg. Singer, was denn eigentlich die Socialdemokraten gethan hätten, daß man sie unter ein solches Gesetz bringe, und was denn eigentlich in Zukunft zu thun erlaubt sein würde, beantwortete der preussische Minister des Innern dahin, daß er nur mit den Worten des Gesetzes antworten könne; es seien lediglich diejenigen Handlungen und Worte verboten, welche den Umsturz der Gesellschaftsordnung, d. h. eine gewaltsame Aenderung erstreben, und welche in einer der Trieben der Bevölkerung gefährdenden Weise zu Tage treten.

Bemerkenswerth war eine Ausführung des Centrumsabgeordneten Rinteln, der sich gegen das Ausnahmegesetz erklärte und dem Bedürfnis dadurch Rechnung tragen wollte, daß das preussische Vereinsrecht zum Reichs-Gesetz erhoben würde. In diesem preussischen Vereinsrecht fehle nur eine Bestimmung über die Auflösung von Vereinen, in denen gewisse Bestrebungen zu Tage treten. Diese Bestrebungen müßten nach Maßgabe des Strafgesetzbuches definiert werden. Die Vereine sollten vorläufig durch die Polizei, definitiv nur durch richterliches Erkenntnis geschlossen werden. Der preussische Minister des Innern erklärte, daß er darüber nur eine Meinung äußern könne, wenn er den Antrag formuliert vor sich sehen würde. (Die Particularisten würden gegen diese Lösung gewiß opponieren.)

□ Berlin, 12. Nov. In der heutigen Sitzung der Budget-Commission des Reichstages wurden die Verhandlungen über die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern begonnen und zum Abschluß geführt. Der Referent Herr v. Weßell-Malchow beantragte Bewilligung der Position. Bei der Brantweinsteuer erbat sich Abg. von Massow von der Bundesregierung eine Auskunft darüber, wie hoch ungefähr das Quantum des in Cagern aufgeschauften Spiritus sich belaufe. Auf diese Anfrage wurde mitgeteilt, daß am 30. September d. J. 40585 Hectoliter 50er Spiritus und 285254 Hectoliter 70er Spiritus lagerten. Auf eine weitere Anfrage desselben Abgeordneten bezüglich der Norm, welche im Herbst bei Auffüllung des Contingents für die Spiritusbrenner maßgebend sein würde, erklärte der Schatzsekretär, daß darüber Bestimmtes noch nicht angegeben werden könnte, da die betreffenden Verhandlungen sich noch im ersten Vorbereitungsstadium befänden.

* [Ein verheerender Feind der Diäten.] Der „Reichsbote“ ärgert sich sehr darüber, daß die permanente Beschlußunfähigkeit des Reichstages den Oppositionsparteien es ermöglichte, mehr zu sprechen als nötig wäre, wenn die Majorität immer Schluß machen könnte. Nur die Beschlußunfähigkeit des Reichstages mache es, daß man sich der Opposition fügen müsse. Der „Reichsbote“ sagt:

„Daß das sehr unerquickliche Zustand ist, liegt auf der Hand. Das Ansehen des Reichstages wird dadurch wahrlich nicht gehoben, und wenn man in Betracht zieht, daß bei dem Abgeordnetenhaus solche Mißstände sich nicht vorfinden, so springt es in die Augen, worin der Hauptgrund für diese Erscheinung im Reichstag liegt.“

El, ei! das sieht ja fast so aus, als ob der „Reichsbote“ heimlich ein Freund der Diäten wäre. Bisher haben die Conservativen sehr scharf dagegen opponiert, freilich, weil es der

Reichskanzler so wollte. Auch das wird vielleicht noch einmal ganz anders.

* [Eine conservative Stimme über die Wahlverfäße.] In sehr offener Weise spricht der „Reichsbote“ über die Verhandlung in Betreff des freisinnigen Antrages wegen der Verfassung gegen das Socialistengesetz und die Gewerbeordnung bei den Wahlen. Er meint, solche Klagen sind allezeit laut geworden.

„Es wird wohl schwerlich eine Regierung in parlamentarischen Staaten geben, die sich garnicht um die Wahlen kümmert. Wo die Klagen besonders laut werden, da werden die Beamten ihre Arbeit wohl besonders ungeschickt gemacht haben.“

Das ist wenigstens offener und ehrlich gesprochen. Der „Reichsbote“ ist also nur darüber unwillig, daß die Beamten die Sache zu ungeschickt machen; daß sie es aber überhaupt machen, das findet er vollständig in der Ordnung.

* [Gewerkschaften in Berlin.] Der Polizeipräsident hatte der hiesigen Gastwirtschafts-Innung die Rechte aus § 100 f. der Reichs-Gewerbe-Ordnung verliehen, obwohl nur ein sehr geringer Theil der hiesigen Gastwirthe in der Innung vereinigt ist und die freien Vereinigungen der Gastwirthe, welche Tausende von Mitgliedern zählen, vorzügliche Einrichtungen für Arbeitsnachweis, Herbergswesen und Fachschulwecke aufweisen. Die Gewerbe-Deputation des Magistrats, welche dieser Verleihung widersprochen hatte, hat nun beschlossen, bei dem Minister für Handel und Gewerbe gegen den Beschluß des Polizeipräsidenten Beschwerde zu führen.

* [Grundbuch- und Subhastationsordnung.] Die Motive zur Grundbuch- und Subhastationsordnung sind nunmehr fertiggestellt und dem Druck übergeben. Dieselben werden in einem Bande vereinigt publicirt werden; sie enthalten ein für die Beurtheilung unserer künftigen Grundeigentumsverhältnisse werthvolles Material.

* [Wechselstempelsteuer.] Einer amtlichen Nachweisung zufolge hat sich die Einnahme an Wechselstempelsteuer im deutschen Reich für die Zeit vom 1. April bis zum Schluß des Monats Oktober 1889 auf 4 295 291,85 Mk. oder 327 188,85 Mk. mehr als in demselben Zeitraum des Vorjahres gestellt.

* [Zollniederlagen in Ostafrika.] Wie die „Nat.-Ztg.“ erzählt, ist von der Aufgabe der Zollniederlagen in Jambila durch die deutsch-afrikanische Gesellschaft bei der Direction der Gesellschaft bis heute noch nichts bekannt.

Sternberg, 12. Novbr. Der mecklenburgische Landtag wird morgen eröffnet. Die landesherrlichen Commissarien von Mecklenburg-Schwerin sind Staatsminister v. Bülow und Staatsrath Buchta, von Mecklenburg-Strelitz Staatsminister v. Werth.

Italien.

Rom, 12. November. Der Prinz von Wales ist heute Nachmittag 5 Uhr in Brindisi eingetroffen.

Belgien.

Brüssel, 12. November. Die neue Kammer-session ist heute ohne besondere Feierlichkeiten eröffnet worden, das bisherige Präsidium und Bureau wurden wiedergewählt. Der Präsident bezeichnete die Gesetze über die Socialreform als den Hauptgegenstand der Beratung. — Von den Studirenden ist eine Petition zu Gunsten der Einführung des allgemeinen Stimmrechts eingegangen; gegen 200 Studirende hatten sich persönlich nach dem Kammerpalast gegeben, um dieselbe zu überreichen. (W. I.)

Serbien.

Belgrad, 12. Novbr. König Milan besuchte gestern den russischen und heute den französischen Gesandten und empfing den Besuch des Führers der radicalen Partei, Paschic.

Bei den Nachwahlen zur Skupshtina in Belgrad und Zajcar sind die Candidaten der radicalen Partei gewählt worden. (W. I.)

Griechenland.

Athen, 12. Novbr. Der Prinz von Wales ist von hier nach Benedig abgereist. (W. I.)

Amerika.

Washington, 11. Novbr. Präsident Harrison hat eine Proclamation erlassen, durch welche das Territorium von Washington zu einem eigenen Staate erklärt wird. (W. I.)

Newyork, 11. Novbr. Der erste Spatenstich zum Bau des Kanals von Nicaragua ist am 22. Oktober in San Juan del Norte in feierlicher Weise erfolgt. (W. I.)

Am 14. Novbr. Danzig, 13. Nov. H. A. 926. S. 128. U. 12. Danzig, 13. Nov. M. I. bei Tage. Wetterausichten für Donnerstag, 14. November, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Wolkig, nasshaltig, vielfach trübe mit Niederschlägen; mäßige Winde. Zeitweise aufklarend. Nachts Frost.

Für Freitag, 15. November:

Veränderlich, wolkig mit Sonnenschein; kalte Luft, auffrischende Winde. Nachtröste. Stellenweise Niederschläge.

Für Sonnabend, 16. November:

Wolkig mit Sonnenschein, meist bedeckt, Niederschläge; kalte Luft vielfach, neblig; lebhaft Winde, stark bis stürmisch in den Küstengegenden.

* [Wegefreiheit in Betreff der Schiffsahrt.] Ueber die gestrige Verhandlung vor dem Ober-Verwaltungsgericht, deren Ausgang bereits heute Morgen telegraphisch gemeldet ist, erhalten wir folgenden ausführlichen Bericht:

Im März 1889 erließ die Polizeidirection zu Danzig im Intelligenzblatt und im Regierungs-Amtsblatt eine Bekanntmachung des Inhalts, daß die Verlegung desjenigen Theiles des nach Neufahrwasser führenden Weges beabsichtigt werde, welcher von dem Eisenbahnübergange am Olivaer Thor an der Lüneite Zieien vorüber nach der ersten Brücke führt, und zwar in der Weise, daß der neue Wegetheil neben dem Bahnhöfchen der Strecke Danzig-Neufahrwasser bis zum ersten Graben, dann diesen überschreitend neben demselben bis zu dessen Einmündung in den alten Weg sich hinziehen solle. Gegen diese Wegeverlegung erhob der Gutsbesitzer Genschow zu Holm Einspruch auf Grund folgender Ausführung: Der zur Einziehung bestimmte, auf dem Ralkschänzenlande hart am linken Weichselufer entlang führende Weg enthalte eine Anlagestelle für seine Brachfahre. Diesen Landungsplatz werde er durch die beabsichtigte Verlegung einbüßen und dadurch Gefahr laufen, von dem Verkehr mit dem linken Weichselufer und damit der Stadt Danzig ganz abgeschnitten zu werden. Allerdings werde der Landungsplatz gegenwärtig nicht benutzt, da ihm im Jahre 1874 gestattet worden sei, die Fähre weiter stromaufwärts zu verlegen. Diese Erlaubnis sei aber von der Polizeidirection und dem Magistrat nur widerruflich erteilt, und im Falle solchen Widerrufs werde er genöthigt sein, die Fähre wieder nach der alten Stelle zurückzuführen. Er könne daher in die Verlegung des Weges nur dann willigen, wenn ihm das Bestehenbleiben der jetzigen Fähre für

ewige Zeiten zugesichert werde. Die Polizeidirection wies den Einspruch durch Beschluß vom 21. Mai d. J. mit nachtheiliger Begründung zurück: Die Wegeverlegung sei erforderlich, um der von der Firma Schichau auf dem Ralkschänzenlande zu errichtenden Schiffswerft eine unmittelbare Verbindung mit der Weichsel zu verschaffen. Während nämlich der jetzige Weg unmittelbar an der Weichsel entlang führe und sonach diese von dem Strom trennen würde, solle der neue Weg hinter der Werft herumgeführt werden und erst nördlich derselben an die Weichsel gelangen. Es sei das für die Werft offenbar unbedingt nothwendig und liege, wie die Errichtung der Werft selber, im öffentlichen Interesse. Dem gegenüber könnten die lediglich aus privatrechtlichen Verhältnissen hergeleiteten Einwendungen des Antragstellers nicht in Betracht kommen; eventuell bleibe es demselben unbenommen, etwaige Entschädigungsansprüche gegen den Wegebaupflichtigen, die Stadt Danzig, geltend zu machen. — G. erhob gegen diesen Beschluß Klage, wurde mit derselben jedoch durch Urtheil des Bezirksausschusses zu Danzig vom 20. Juli er. abgewiesen und legte nunmehr Berufung ein. Zu dem Verfahren wurde der Magistrat zu Danzig als Träger der Wegebaupflicht beigeladen. Im Termin vor dem Oberverwaltungsgericht erklärte der Vertreter des Klägers, daß ein öffentliches Interesse für die Verlegung des Weges nicht vorliege; durch dieselbe werde nicht nur der Kläger in seinen auf Erziehung gegründeten Ansprüchen auf Benutzung der Landungsstelle gekürzt, sondern es werde auch die Insel Holm von dem directen Wagenverkehr mit Danzig abgeschnitten. Dagegen machten der Beklagte und der beigeladene Magistrat geltend: Die Fähre des Klägers sei keine öffentliche, sondern eine Privatfähre, und wenn er auf derselben Fährgehl erhoben habe, so sei das zur Ungebühr geschehen. Die Begründung einer Privatfährverbindung an dem Körper eines öffentlichen Weges durch Verhinderung sei rechtlich unmöglich. Zudem habe der Kläger auf ein etwa ihm zustehendes Recht schon 1874 durch die Verlegung der Fähre verzichtet. Daß diese an der gegenwärtigen Stelle nicht dauernd belassen werden sollte, sei garnicht zu erwarten. Trete dieser Fall gleichwohl ein, so werde es sich eben darum handeln, dann eine andere geeignete Landungsstelle zu ermitteln und dem Kläger zu überweisen. Diesen Ausführungen im wesentlichen beistehend, erkannte das Oberverwaltungsgericht auf Verwerfung der Berufung des Klägers und Befestigung der Borentscheidung.

* [Beförderung.] Der Zeugelweber Körber von der Artillerie-Werkstatt in Danzig ist zum Zeug-Lieutenant befördert worden.

m. [Der Verein der Gastwirthe.] hielt gestern seine diesmonatliche Vereinsversammlung ab. Hr. Kaufmann Kowalki hielt einen Vortrag über Haftpflicht der Gastwirthe in den verschiedenen Wirtschaftsbetrieben, wie sie die Gesetze vorschreiben, und wie man sich dagegen durch Versicherung schützen kann. Vom Vorlesenden wurde bekannt gemacht, daß im nächsten Monat ein von der Firma Franz Heuser u. Co. in Hannover bei Gelegenheit des 16. deutschen Gastwirthstages in Göttingen dem Centralverband geschenkter Bierdruck-Apparat zum Besten der Theodor Müller-Stiftung (Wohltätigkeits-Institut für invalide Genußgenossen) zur Verloosung komme. Der Verein beschloß, eine Anzahl Loose anzukaufen. Dann wurde beschlossen, das Stiftungsfest am 9. December d. J. zu feiern.

* [Coiree zum Besten des Diakonissen-Anstaltshauses.] Wie schon kurz erwähnt ist, wird im Anschluß an den soeben beendeten Bazar übermorgen (Freitag) Abend im großen Saale des Schützenhauses eine musikalische Abend-Unterhaltung zu demselben wohlthätigen Zweck stattfinden, welcher eine gleich rege Theilnahme zu wünschen ist. Ein Blick auf das im Infernaltheil dieser Zeitung bereits am Sonntag veröffentlichte Programm zeigt, daß eine solche auch durch das, was an diesem Abend geboten werden soll, voll gerechtfertigt werden würde. Hervorragende Concertsänger wie Frä. Katharina Brandstätter und Herr Ferdinand Reutner haben sich mit musikalisch geschulten Dilettanten zur Ausführung des gesanglichen Theils verbunden, der mehrere Duette und eine Reihe mit gutem Geschmach ausgewählter Solo- Lieder enthält. Daneben ist die Theilzahl Kapelle mit drei klassischen Orchester-Nummern vertreten. Ein Prolog des Herrn Schulrath Dr. Colack, von dessen Frä. Tochter gesprochen, wird das Programm nach recht ansprechender Concert einleiten.

* [Unfälle.] Der Holzarbeiter Johann C. aus Neuschottland erlitt am Montag auf einem Holzfelde dadurch, daß er von einem Stück Holz befallen wurde, einen Bruch des rechten Unterschenkels. — Der Stellmacherehring Gustav S. von hier fiel gestern beim Behauen eines Stückes Holz in Folge Abgleitens des Beines in den rechten Fuß, wodurch er eine bedeutende Verwundung erlitt. Beide Verletzte wurden in das Städtelazareth gebracht.

* [Dampfer-Verkauf.] Von den Herren Gebrüder Habermann ist das Dampfboot „Nympha“ an die Firma J. F. Giesebrecht zu Arakauer Kämpfe verkauft worden.

* [Messer-Affäre.] Der Arbeiter Friedrich Achermann aus Greibitzwald erhielt am Sonntag in Herrenregeln von dem Arbeiter J. einen Messerstich in die linke Brustseite. A., welcher auf diese Verletzung anfänglich kein Gewicht legte, mußte gestern, da sich heftige Schmerzen einstellten, ärztliche Hilfe nachsuchen und kam nach dem Städtelazareth in der Sandgrube, woselbst er wegen der nicht ungeschädlichen Verletzung sofort aufgenommen werden mußte.

* Den Mühlenermeister Heinr. Schelen zu Neustädter Feld bei Elbing ist aus Anlaß ihrer goldenen Hochzeit die silberne Ehejubiläumsmedaille verliehen worden.

H. Heubude, 13. Novbr. Unser Ort beherbergte in Folge der Einrichtung eines Seebades bereits im vergangenen Sommer eine erhebliche Anzahl von Badegästen. Mehrere Cogrühäuser sind neuerdings hier errichtet worden. Jetzt beschäftigt Herr Alernpnermeister Hornemann in Danzig auf seinem hier erworbenen Grundstück, und zwar unmittelbar an der Heubuder Forst neben dem Wege nach Arakauer, ein größeres Wohnhaus neu zu erbauen.

* Aus dem Danziger Werder, 12. November. Die Fabrik- und Hofräume bei der Zuckerfabrik Gr. Zünder werden jetzt durch elektrisches Licht erleuchtet, das sich zur Zufriedenheit bewährt. Auf dem äußeren Fabrikraume glühen vier Campen, die denselben zur Nachtzeit mit Tageshelle erfüllen. In der Fabrik herrscht gegenwärtig reges Leben. Die Fabrik ist im Stande, in Folge der im vorigen Sommer stattgehabten Erweiterungsbauten jetzt täglich 5—6000 Ctr. Rüben zu verarbeiten. Aus den Drischalten Gemüth, Stübblau, Gütlland, Langschiebe und Wollsch werden die Rüben mittels einer eigens zu diesem Zwecke erbauten Füllschneidemaschine zur Fabrik geschafft. Auf der Bahnstrecke, deren Gesamtlänge 13 Kilom. beträgt, werden acht Gelpann Pferde Tag und Nacht beschäftigt. Der Transport wird in Folge der gegenwärtigen großen Bodennässe erheblich erschwert. In Stübblau allein sollen noch circa 60 000 Ctr. Rüben lagern. Der Ausfall der nunmehr beendeten diesjährigen Rübenerte hat die Erwartungen weit übertroffen. Viele Landwirthe ernteten im Durchschnitt von einem halmischen Morgen über 500 Ctr. Die in unserem Werder gebaute Rübe soll auch nicht schlecht polarisiren. Die chemischen Versuche haben 13 bis 16 Proc. Zucker ergeben. — Gestern Abend war im Dorfe J. unter den Martinsbrüdern eine große Schlägerei ausgebrochen. Der Arbeiter P. erhielt schwere Schädelverletzungen. Drei Einwohnerfrauen, die ihre Männer retten wollten, wurden ebenfalls arg verletzt.

± Reuteich, 12. Nov. Bei der heute Vormittag stattgehabten Stadtverordneten-Ergänzungswahl wurden gewählt in Abtheilung I. Kaufmann E. Rühm, Abtheilung II. Kaufmann J. Jacoby, Kaufmann A. Jacoby. In der III. Abtheilung, in der die Theilnahme eine sehr schwache war, bekamen Kaufmann Schröder und Rentier Gehrmann gleichviel Stimmen. Die erforderliche Nachwahl ist auf den 2. December anberaumt.

Heute Vormittag brach in der Wohnung des Händlers Lindemann — wohnhaft beim Fabrikbesitzer Wolf — Feuer aus. Auf das Gähnen der Feuerlöcher eilten die Löschmannschaften herbei, und es gelang, das Feuer zu löschen, bevor es weiter um sich greifen konnte.

Reidenburg, 11. Nov. [Das Ende einer Gewissensfrage.] Unter der Anklage des fahrlässigen Mordes standen vor einigen Tagen vor der hiesigen Strafkammer die Gutsbesitzer J. und A. A. aus G. Dieselben haben bei einer gerichtlichen Vernehmung dem Richter gegenüber ihr Lebensalter zu kurz bemessen. Eine jede von ihnen wollte 3½ Jahre jünger sein, als sie in Wirklichkeit war. Die Staatsanwaltschaft beantragte unter Bewilligung mildernden Umstände eine Gefängnißstrafe von je 14 Tagen. Der Gerichtshof erkannte jedoch nur auf eine Gefängnißstrafe von je einem Tage.

Stadt-Theater.

§ Das neue Stück: „Der Kampf um das Dasein“ hatte gestern Abend einen unbestrittenen Erfolg. Das Publikum applaudirte mehrere Szenen auf das lebhafteste und rief die Darsteller nach jedem Akte wiederholt vor. Namentlich concentrirte sich der Beifall von vornherein, noch ehe er als Verfasser genannt war, auf Herrn Weidlich, der mit verschiedenen Strichen beschenkt wurde; es muß also das Geheimniß nicht ganz streng gewahrt worden sein. Wir möchten Herrn Weidlich die Freude, die er gestern gehabt, nicht gern nachträglich fällen, aber wir müssen ihn doch warnen, das gestrige überaus freundliche Entgegenkommen des Publikums nicht für ein entscheidendes Urtheil über das Stück selbst zu nehmen. Wahrscheinlich wird übrigens der Verfasser selbst bei der gestrigen Darstellung herausgeholt haben, wo noch zu ändern und zu bessern ist. Namentlich wird er sich noch zu einigen Kürzungen entschließen müssen. Einzelnes Episodisches — wie die ausführliche Schilderung des misanthropen Mittagessens der jungen Hausfrau im 3. Akt — wird der Herr Verfasser wohl ohne großen Schmerz opfern. Aber es sind auch Kürzungen der mehrfachen langen Reden einzelner Darsteller sehr anzurathen. Man denke nur an die Rolle des Herrn Herr Munk dreimal hintereinander lange Reden anzuhören, in denen er getadelt, gekloppt, verhöhnt wird, ohne ein Wort erwidern zu dürfen. Durch Striche wird sich manches an dem Stück mehr den Bedürfnissen der Bühne entsprechend machen lassen; aber ein Widerspruch in der Entwicklung der Handlung wird sich nicht so leicht beseitigen lassen, das ist der 4. Akt mit seinem völlig persönlichen Abschluß. In dem Mittelpunkt des Weidlich'schen Stückes steht ein Großkaufmann, ähnlichen Charakters und ähnlichen Schicksals wie der Consul Bernick in Ibsen's „Stützen der Gesellschaft“. Dieser Großkaufmann Munk, den wir als verhärteten Egoisten, bei dem Derbreinen des aufgefundenen Briefes als gemeinen Menschen kennen gelernt, entpuppt sich im letzten Akt als jährling Familienvater. Noch unwahrscheinlicher als diese Wandlung ist die Idee, diesen Herrn Munk und dessen illegitimen Sohn Fritz Dandler nach dem, was im 3. Akte zwischen beiden geschehen ist, wieder menschlich zusammenzubringen; versehen mögen sie sich gegenseitig, aber zusammenleben werden sie nicht können. Recht sehr gelungen ist die Rolle des alten pensionirten Schauspielers Grubel, der als verständnisvolles Element die ganze Handlung begleitet. Sie wurde von Herrn Weidlich selbst außerordentlich natürlich, wahr und mit wohlthuendem Humor ausgestattet gegeben, freilich nicht als 80jähriger Mann; aber das schadet wohl auch nichts; vielleicht ändert der Verfasser im Text diese übermäßig hohe Alterszahl. Das Gemüthliche der Partie gewann noch durch das Lied Grubels, zu welchem Hr. Reihaupt eine einfache, innige Melodie geliefert hatte. Neben Herrn Weidlich ist zunächst Hr. Stein zu nennen, der als Dandler sehr gut spielte und stürmischen Beifall erntete. Die schwierige und sehr dankbare Partie Munks spielte Hr. Hofmann mit vielem Geschick. In kleinen Rollen halfen die Damen Brack (Lisa), Jammisch (Zsa), Gehenk (Helene) und die Herren Remond (Robert), Schindler (Woge) und Reutner (o. Lisa) zum Gelingen der Vorstellung. Die komischen Episoden des Gutsbesizers Krüger und des Polen kamen nicht recht zur Geltung.

Wir dürfen annehmen, daß das Stück, wenn es bei der Wiederholung etwas gekürzt wird, mit seinen starken Effecten eine noch stärkere Wirkung hervorrufen wird.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Moska, 13. Novbr. (W. I.) Kaiser Wilhelm Adolph Humbert und der Kronprinz von Italien begaben sich heute früh nach dem Dejeuner zur Jagd. Abends findet hier Familiendiner statt. Die Stadt ist mit deutschen und italienischen Fahnen reich geschmückt.

Berlin, 13. November. (Privattelegramm.) In der Reichstagscommission für das Socialistengesetz wurde der Antrag Aulemann zurückgezogen. Der Paragraph 1 des bisherigen Socialistengesetzes wurde mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten das Centrum und die Freisinnigen, der Abg. Singer (Socialdem.) und der Abg. Aulemann (nat.-lib.).

— Das Emta-Comité hat beschlossen, Emin durch den Reichscommissar Wismann Lauscha-rikel und Lebensmittel zuzuführen.

München, 13. Novbr. In der Abgeordneten-kammer begründete Abg. Goben den Centrumsantrag, betreffend die Zurückberufung der Redemptoristen. Der Cultusminister v. Luz erklärte, wir stehen dieser Frage wohlwollend gegenüber. Handelte es sich nur um den gewünschten Beweis des Wohlwollens gegen Bayern, gestattete der Bundesrath gemäß die Zurückberufung. Es handle sich aber um die principielle Durchführung eines Reichsgesetzes. Die bairische Regierung müsse daher bei dem Bundesrath nachweisen, daß die Redemptoristen keine den Jesuiten verwandte Corporation seien. — Die Kammer nahm, nachdem Abg. v. Schöppel namens der Linken noch erklärt hatte, daß sie dem Antrage nicht zustimmen könne, den Centrumsantrag mit 81 gegen 74 Stimmen an. (W. I.)

Grätz (in Polen), 13. Nov. (Privattelegramm.) Bei der heutigen Ersatzwahl im fünften Poser-

